Schriftenreihe der Hochschule Speyer

Band 65

Aufgabenkritik in einer Großstadtverwaltung

Unter besonderer Berücksichtigung Hamburgs

Von

Rudolf Dieckmann



Duncker & Humblot · Berlin

RUDOLF DIECKMANN

Aufgabenkritik in einer Großstadtverwaltung

Schriftenreihe der Hochschule Speyer

Band 65

Aufgabenkritik in einer Großstadtverwaltung

unter besonderer Berücksichtigung Hamburgs

Von

Dr. Rudolf Dieckmann



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Dieckmann, Rudolf

Aufgabenkritik in einer Grossstadtverwaltung: unter bes. Berücks. Hamburgs. — 1. Aufl. — Berlin: Duncker und Humblot, 1977. (Schriftenreihe der Hochschule Speyer; Band 65) ISBN 3-428-03941-6

Alle Rechte vorbehalten
© 1977 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1977 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61
Printed in Germany

Vorwort

Die in den letzten Jahren in Gang gekommene Diskussion um die Überprüfung öffentlicher Aufgaben hat die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer veranlaßt, das Forschungsprojekt "Aufgabenkritik in einer Großstadtverwaltung" zu vergeben. Ich habe das Angebot der Hochschule, diesen Gegenstand zu bearbeiten, gerne angenommen, weil so eine Möglichkeit bestand, Überlegungen aus meiner beruflichen Tätigkeit in Hamburg systematischer fortzuführen. Aus der Beschäftigung in der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg ergab sich zugleich aber auch eine Einschränkung für das Forschungsprojekt. Durch die befristete Abordnung zur Hochschule Speyer mußte von vornherein darauf verzichtet werden, dem Thema in allen Verästelungen nachzugehen. Im Vordergrund stand deshalb das Bemühen, die "Aufgabenkritik" in ihrer Breite zu ordnen und — wenn möglich — zu systematisieren, um so für eine Vertiefung des Gegenstandes durch weitere Forschungsarbeiten eine Grundlage zu liefern.

Um das Projekt durchführen zu können, bedurfte es der Unterstützung einer ganzen Reihe von Personen und Institutionen, für die ich mich bedanken möchte. Die Freie und Hansestadt Hamburg und meine Familie sind hier in erster Linie zu nennen, denn sie haben durch ihre Zustimmung zum Aufenthalt in Speyer die Voraussetzungen für das Projekt geschaffen. Herrn Senatsdirektor Prof. Ulrich Becker, Hamburg, verdanke ich weitgehend den Zugang zum Problem der Überprüfung der öffentlichen Aufgaben und dessen Durchdringung auch in einzelnen Fragestellungen. Sowohl Herr Becker als auch der Leiter des Projekts, Herr Prof. Dr. Frido Wagener, haben mich durch Anregungen und Material bei meiner Arbeit sehr unterstützt. Außerordentlich hilfreich war auch die Bereitschaft der Kommunalen Gemeinschaftsstelle in Köln und des Senatsamts für den Verwaltungsdienst in Hamburg, die bisherigen Ergebnisse ihrer Bemühungen zu diesem Thema zur Verfügung zu stellen und ergänzende Auskünfte zu geben. Da ich nicht allen Personen dieser Institutionen an dieser Stelle danken kann, möchte ich besonders nur die Hauptreferenten Dr. Gottschalk und Dr. Hack bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle sowie 6 Vorwort

Amtsrat Brandt, Regierungsrat Jessen, Oberregierungsrat Dr. Martens, Regierungsrat Meyer sowie Oberamtsrat Schoppe und seine Mitarbeiter beim Senatsamt für den Verwaltungsdienst in Hamburg nennen.

Speyer 1976

Rudolf Dieckmann

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	13
	Erster Abschnitt	
	Regierung und Verwaltung in Hamburg	17
	Zweiter Abschnitt	
	Notwendigkeit der Aufgabenkritik	21
1.	Entwicklung der Aufgaben, des Personals und der Finanzen	21
1.1	Ausweitung der Aufgaben	21
1.2	Veränderung der Personalzahlen	27
1.3	Finanzieller Rahmen	37
1.4	Mängel der Verwaltung als Folgen der Entwicklung	43
1.4.1	Mängel bei der Aufgabenerfüllung	44
1.4.2	Mängel im Personalwesen	45
1.4.3	Mängel der Effektivität	46
1.5	Zwischenergebnis	48
2.	Aufgabenkritik, Rationalisierung und Aufgabenplanung	49
2.1	Begriff Aufgabenkritik	49
2.2	Begriff Rationalisierung	54
2.3	Begriff Aufgabenplanung	57
2.4	Zwischenergebnis	59
3.	Zwecke der Aufgabenkritik	59
3.1	Effektivität	60
3.2	Zufriedenheit der Mitarbeiter	63
3.3	Gewährleistung der Demokratie	66
3.4	Zwischenergebnis	67
	Dritter Abschnitt	
	Ansätze der Aufgabenkritik	69
1.	Aufgabenbezogene Ansätze im Zusammenhang	69
2.	Zur Abgrenzung der öffentlichen von den privaten Aufgaben	71

3.	Ansatz 1 — Abbau und Einschränkung von Aufgaben	75
3.1	Allgemeines	7 5
3.2	Begriff Abbau oder Einschränkung	76
3.3	Ziele	76
3.3.1	Anpassung des Aufgabenbestandes an veränderte gesellschaftliche Entwicklungen	77
3.3.2	Freisetzung öffentlicher Mittel für andere Aufgaben	78
3.3.3	Erhöhung der Steuerungsfähigkeit und Konfliktverarbeitungs- kapazität der Verwaltung	79
3.3.4	Überschaubarkeit für die Bürger und Mitarbeiter	80
3.4	Bewertungsrahmen	80
3.4.1	Politik	80
3.4.2	Recht	81
3.4.3	Personal	81
3.5	Beispiele	82
3.5.1	Überblick	82
3.5.2	Abbau der Garderobenbewachung	83
3.5.3	Einschränkung der Fundwertgrenze	84
4.	Ansatz 2 — Übertragung und Verlagerung von Aufgaben	85
4.1	Übertragung auf Private	87
4.1.1	Allgemeines	87
4.1.2	Begriff	89
4.1.3	Ziele	90
4.1.3.1	Anpassung des Aufgabenbestandes an veränderte gesellschaftliche Entwicklungen	90
4.1.3.2	Freisetzung öffentlicher Mittel für andere Zwecke	91
4.1.3.3	Koppelung von Leistung und Entgelt	92
4.1.3.4	Effektivere Leistungserstellung	94
4.1.3.5	Erhöhung der Steuerungsfähigkeit und Konfliktverarbeitungskapazität der Verwaltung	94
4.1.3.6	Überschaubarkeit für die Bürger und Mitarbeiter	95
4.1.4	Bewertungsrahmen	95
4.1.4.1	Politik	96
4.1.4.2	Wirtschaftlichkeit	97
4.1.4.3	Recht	99
4.1.4.4	Personal	99
4.1.5	Beispiele	100
4.1.5.1	Überblick	100
4.1.5.2	Gebäudereinigung	104
4.1.5.3	Hochbauaufgaben	110

Inhaltsverzeichnis 9		
4.1.5.4	Gehwegreinigung	112
4.2	Verlagerung auf verselbständigte öffentliche Träger	115
4.2.1	Allgemeines	115
4.2.2	Begriff	117
4.2.3	Ziele	117
4.2.3.1	Freisetzung öffentlicher Mittel für andere Zwecke	118
4.2.3.2	Koppelung von Leistung und Entgelt	119
4.2.3.3	Effektivere Leistungserstellung	119
4.2.3.4	Erhöhung der Steuerungsfähigkeit und Konfliktverarbeitungs- kapazität der Verwaltung	121
4.2.3.5	Überschaubarkeit für die Bürger und Mitarbeiter	122
4.2.4	Bewertungsrahmen	122
4.2.4.1	Politik	122
4.2.4.2	Wirtschaftlichkeit	127
4.2.4.3	Recht	127
4.2.4.4	Personal	130
4.2.5	Beispiele	131
4.2.5.1	Überblick	131
4.2.5.2	Stadtreinigung	134
4.2.5.3	Stadtentwässerung	136
4.2.5.4	Krankenhäuser	139
5.	Ansatz 3 — Optimale Gestaltung der Aufgaben	141
5.1	Allgemeines	141
5.2	Begriff	142
5.3	Gesetzgebung	143
5.3.1	Gesetzgebungskompetenz	143
5.3.2	Entwicklung von Gesetzen	144
5.3.3	Inhalt von Gesetzentwürfen	146
5.3.4	Änderungen bei der Gesetzgebung	150
6.	Zwischenergebnis	151
	Vierter Abschnitt	
A	ufgabenkritik im Rahmen herkömmlicher Verwaltungsinstrumente	153
1.	Haushaltsplan	155
2.	Mehrjährige Finanzplanung	157
3.	Langfristige Aufgabenplanung	159
4.	Personalplanung	
5.	Organisationsplanung	169

10	Inhaltsverzeichnis	
6.	Sachmittelplanung	170
7.	Regierungserklärungen und Arbeitsprogramme	172
8.	Fachplanungen	173
9.	Gesetzgebungsverfahren	175
10.	Überprüfung der Bestimmungsfaktoren	179
11.	Organisationsuntersuchungen	181
12.	Managementmodelle	182
13.	Erfolgskontrolle	186
14.	Rechnungshof	187
15.	Sparmaßnahmen	188
16.	Zwischenergebnis	192
	Fünfter Abschnitt	
	·	
	Bemühungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) um Aufgabenkritik	194
	Sechster Abschnitt	
	Bedingungsrahmen der Aufgabenkritik	201
1.	Ebene der Verwaltung	201
1.1	Anforderungen an eine Gesamtkonzeption der Aufgabenkritik	201
1.2	Zentrale Planung, Steuerung und Koordination	204
1.3	Arbeitsmarkt und Aufgabenkritik	205
2.	Ebene der Politik	208
2.1	Aufgabenkritik als politische Aufgabe	
2.2	Kooperation Bund-Länder-Gemeinden	
2.3	Überzeugung der Bürger	211
3.	Ebene der Mitarbeiter	213
3.1	Überzeugung der Mitarbeiter	213
3.2	Beeinträchtigung von Besitzständen	215
	Siebter Abschnitt	
	Zusammenfassung	217

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden von 1960 bis 1974	27
Tabelle 2:	Entwicklung des Personals im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Beschäftigungsbereichen	28
Tabelle 3:	Personal im öffentlichen Dienst und seine Anteile an den abhängig Beschäftigten und der Bevölkerungszahl	29
Tabelle 4:	Vollbeschäftiges Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nach Aufgabenbereichen	30
Tabelle 5:	Allgemeiner Stellenplan und Anhang (ISt)-Entwicklung der Beschäftigtenzahl in Hamburg seit 1966	33
Tabelle 6:	Personal der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974 nach Aufgabenbereichen und Dienstverhältnissen sowie Veränderungen gegenüber dem 2. Oktober 1970	34
Tabelle 7:	Ausgaben und Steuerquoten des öffentlichen Gesamthaushalts	37
Tabelle 8:	Aufteilung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen 1950 und 1971	38
Tabelle 9:	Entwicklung der Personalausgaben in Hamburg seit 1966 (ohne Wirtschaftsbetriebe) — nach Angaben der Finanzbehörde —	39

Abbildungsverzeichnis

Schaubild	1:	Regierung und Verwaltung in Hamburg $\ldots \ldots$	20
Schaubild	2:	Verwaltung und Umwelt	53
Schaubild	3:	Wirtschaftlichkeit	61
Schaubild	4:	Kritik der öffentlichen Aufgaben	70
Schaubild	5:	Abstufungen der Träger öffentlicher Aufgaben $\ldots \ldots$	86
Schaubild	6:	Arbeitsphasen bei Hochbauvorhaben	111
Schaubild	7:	Verselbständigte öffentliche Träger im Spannungsfeld von Selbständigkeit und staatlicher Einflußnahme	
Schaubild	8:	Einbettung der Stadtreinigung in die Gesamtverwaltung nach	
Schaubild	9:	Ablaufschema der Aufgabenplanung in Hamburg \ldots vor	137
Schaubild 1	10:	Drehscheibe Personalwirtschaft	165
Schaubild :	11:	KGSt-Verfahrensablauf Aufgabenkritik	198

Einleitung

Die öffentlichen Aufgaben sind ins Gerede gekommen. Die Forderungen nach einer kritischen Überprüfung des Aufgabenbestandes und einer stärkeren Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung haben in den letzten Jahren zugenommen.

Vordergründig wird die Diskussion um den Personalkostenanteil an den öffentlichen Haushalten geführt. Hinter dieser Kritik am öffentlichen Dienst steht aber ein weit verbreitetes Unbehagen der Öffentlichkeit über die Entwicklung der staatlichen Aufgaben und die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit.

Die Heftigkeit der Auseinandersetzung, insbesondere seit der Einführung von "Sparprogrammen" bei einer Vielzahl von Gebietskörperschaften in den Jahren seit 1973, zeigt, daß die Probleme und Bedingungen der staatlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes in der Vergangenheit nicht ihrer Bedeutung entsprechend gesehen wurden. Die aus der Zunahme der öffentlichen Aufgaben und der Vermehrung des Personals folgenden Schwierigkeiten bestanden grundsätzlich auch schon vor den "Sparprogrammen". Sie wurden allerdings für viele nicht so sichtbar, weil die öffentlichen Einnahmen regelmäßig stiegen.

Zugleich wird deutlich, daß bei der Mehrzahl der Bürger die — verglichen mit privaten Unternehmungen — relativ große Offenheit der Verwaltung nach außen¹ nicht zu einer differenzierten Kritik führt². Vielmehr scheint sich die Vorstellung, im öffentlichen Dienst werde auf Kosten der Bürger wenig und ineffizient gearbeitet, zu bestätigen. Dagegen hält sich der Privatwirtschaft gegenüber auch bei Zunahme der Konkurse und starken Preissteigerungen die Meinung, dort werde nicht geschlafen, sondern hart gearbeitet, weil sonst die Gewinne beeinträchtigt würden.

Die Reaktion aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung auf diese Kritik hat sich vielfach darin erschöpft festzustellen, die Personal-

¹ z. B. durch Presse, parlamentarische Kontrolle, Rechnungshöfe, Gerichte, Bürokratieforschung, die seit 1967 zunehmende Eigenkritik und eigene Wahrnehmung.

² Hartmut Tofaute, Probleme des Personaleinsatzes im öffentlichen Dienst, WSI-Studien Nr. 28, Köln 1974, S. 170; Günter Hartfiel, Die öffentliche Verwaltung zwischen technischem Fortschritt und sozialem Wandel, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaftspolitik, 15. Jahrgang 1970, S. 191.

14 Einleitung

vermehrung beruhe auf den von den Gesetzgebern beschlossenen Aufgaben und sei deshalb nicht von ihr zu verantworten. Außerdem sei es angesichts des grundlegenden Unterschiedes von öffentlichen und privaten Aufgaben in der Regel nicht möglich, Grundsätze privaten Wirtschaftlichkeitsdenkens auf den öffentlichen Bereich zu übertragen³.

Wie man sich zu dieser Kritik und der Gegenkritik im einzelnen auch stellen mag, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die öffentliche Verwaltung ihre Aufgaben, ihr Personal, ihre Strukturen und ihre Mittel einer kritischen Betrachtung unterziehen und die schon bestehenden Ansätze zu Reformen verstärken muß4. Dies nicht nur, um die Finanzen "in Ordnung zu bringen", was zumindest teilweise auch über eine Verbesserung der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte möglich wäre, sondern um ihre Leistungskraft zu erhöhen und die hergebrachten Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der neueren Entwicklung anzupassen. Ein solches Vorhaben wird aber nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn die herkömmlichen Rationalisierungsversuche, die regelmäßig die Aufgabenerfüllung zum Gegenstand haben, ergänzt werden um eine kritische Überprüfung der öffentlichen Aufgabenstellung insgesamt. Der Aufgabenzuwachs zwingt zu einer Selektion und Gewichtung innerhalb des Aufgabenkatalogs der öffentlichen Hände durch eine umfassende "Abschichtung" alter Aufgaben und eine strengere Auswahl neuer Aufgaben. Diese Thematik ist - im Gegensatz zur Rationalisierungsproblematik — bisher weder theoretisch noch empirisch ausreichend erforscht.

Mit der folgenden Untersuchung über Aufgabenkritik in einer Großstadtverwaltung soll versucht werden,

- speziell die Probleme der Aufgabenentwicklung und der Aufgabenkritik bewußt zu machen,
- darzustellen, welche wesentlichen Ansätze und Instrumente der Aufgabenkritik in einer Großstadtverwaltung bestehen, wie sie ausgestaltet sind und wie sie angewandt werden können,

³ Vgl. z.B. Günter Hartkopf, Der öffentliche Dienst als leistungsfähiges Instrument zum Nutzen des Bürgers, Bulletin der Bundesregierung Nr. 117 vom 9. Oktober 1974, S. 1189; Diskussion auf dem Gewerkschaftstag 1976 der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Hamburg (Tagungsprotokoll Nr. 5).

⁴ Zum Stand der öffentlichen Auseinandersetzung um die "Ökonomisierung" des öffentlichen Dienstes und die geringe wissenschaftliche Fundierung vgl. kritisch Klaus Dammann, Ökonomisierung, Loyalisierung, Reform und Gegenreform des öffentlichen Dienstes, in: WSJ-Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH 1974, S. 479 ff.; zum Forschungsdefizit vgl. auch Peter Eichnorn, Was die Ökonomen ignorieren, in: Wirtschaftswoche Nr. 22 vom 25. 5. 1973, S. 36 ff.

- zu verdeutlichen, daß nur der Einsatz aller Instrumente im Zusammenhang und auf der Grundlage eines einheitlichen Ansatzes Erfolg verspricht,
- beispielhaft zu zeigen, wo und warum Schwierigkeiten bei der Anwendung der Instrumente bestehen und
- hinzuweisen auf die Notwendigkeit eines mittel- und langfristigen Konzeptes der Aufgabenkritik.

Die Freie und Hansestadt Hamburg bot sich als Untersuchungsobjekt an, weil dort in den vergangenen Jahren zahlreiches Material zu den einzelnen Bereichen der Aufgabenkritik und Rationalisierung erstellt worden ist. Hamburg läßt in seiner Doppelstellung als Großstadt und als Land der Bundesrepublik in gewissem Umfang Schlüsse sowohl für die Aufgabenkritik in anderen Ländern als auch in anderen Großstädten zu. Zudem besteht zwischen der Großstadt Hamburg und dem Zentralstaat Bundesrepublik — etwa durch die Gesetzgebung — ein so enger Zusammenhang, daß über den Rahmen der Stadt hinaus auch die Probleme des Gesamtstaates bei der Aufgabenüberprüfung einzubeziehen sind.

Gleichwohl ist es das grundsätzliche Ziel der Arbeit, Aufgabenkritik anhand einer konkreten Stadt empirisch zu vermitteln und zu systematisieren und nicht, mehrere Städte untereinander zu vergleichen. Angesichts der unterschiedlichen Strukturen und Bedingungen selbst von Städten gleicher Größenklasse, hätte eine vergleichende Betrachtung mehrerer Städte bei sehr groben Aussagen enden müssen. Es kommt entscheidend auf den Entwicklungsstand der Instrumente der Aufgabenkritik in einer politischen Einheit an. Soweit Material anderer Städte zur Verfügung stand, ist es allerdings in den Text eingearbeitet worden, um der Praxis Anhaltspunkte für Lösungsmöglichkeiten zu liefern.

Zum besseren Verständnis der Ausführungen wird zunächst kurz die Regierungs- und Verwaltungsstruktur Hamburgs vorangestellt (Erster Abschnitt).

Die Arbeit umreißt sodann die Notwendigkeit der Aufgabenkritik, abgeleitet aus der Aufgaben-, Personal- und Finanzentwicklung und grenzt sie begrifflich und nach Zielsetzung von der Rationalisierung und Aufgabenplanung ab (Zweiter Abschnitt).

Es folgt die Darstellung einzelner Ansätze der Aufgabenkritik:

- der Abbau und die Einschränkung von vorhandenen Aufgaben,
- die Privatisierung von Aufgaben und die Verlagerung von Aufgaben aus der unmittelbaren Verwaltung auf verselbständigte öffentliche Träger sowie
- die Gestaltung der neuen Aufgaben (Dritter Abschnitt).